

Widerstand auf der Straße stärken statt Beteiligung an SPD-Regierung

Am 18.09.2011 werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt.

Die SAV hat 2006 den Wahlantritt der WASG Berlin unterstützt und mit Lucy Redler war ein Mitglied der SAV Spitzenkandidatin der WASG Berlin. Die WASG erzielte aus dem Stand 2,9% (rund 40.500 Stimmen). DIE LINKE.PDS halbierte bei dieser Wahl dagegen ihren Stimmenanteil um 180.000 Stimmen und kam auf 13,4%. Der Grund dafür war vor allem die Mitverantwortung der PDS (später LINKE.PDS) Berlin für Sozialabbau, Lohndumping und Privatisierungen in der Koalition mit der SPD.

Wir haben auch heute nach der Fusion 2007 von WASG und PDS zur LINKEN als Mitglieder der Partei DIE LINKE nichts an unserer Kritik an Rot-Rot zurückzunehmen.

SAV-Mitglieder sind Mitglieder der Partei DIE LINKE und kämpfen innerhalb der Partei für einen kämpferischen und sozialistischen Kurs.

Wir sind der Auffassung, dass echte Veränderungen nicht durch Wahlen (und schon gar nicht durch Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien wie der SPD), sondern nur durch Druck von der Straße, aus den Schulen, Unis und Betrieben durchgesetzt werden können. Das war schon immer so im Kapitalismus: Alles, was die Herrschenden uns zugestehen, müssen wir uns selbst erkämpfen.



Charité-Streik: Kämpfen lohnt sich!

Dass Kämpfen erfolgreich sein kann, haben in Berlin jüngst die streikenden Beschäftigten an der Charité bewiesen, die in einem Vollstreik unter anderem eine deutliche Lohnerhöhung durchsetzen konnten.

Auch die erfolgreiche Kampagne des Wassertischs zur Offenlegung der dreisten Renditegarantie-Verträge bei den Wasserbetrieben hat deutlich gemacht, was politischer Druck von der Straße erreichen kann.

Das bedeutet für uns, den Wahlkampf – als Zeit höherer politischer Aufmerksamkeit – vor allem dafür zu nutzen, mehr Menschen für die Kampagne zur Rettung der S-Bahn (www.s-bahn-tisch), die Unterstützung der Beschäftigten der CFM (unter Rot-Rot ausgegründete Tochter der Charité mit Niedriglöhnen) und für die im September geplanten Demonstrationen gegen Mieterhöhungen und Bildungsabbau zu gewinnen.

Wenn Stellenabbau wie bei der S-Bahn, Lohndumping wie bei der CFM und Mieterhöhungen aufgrund von Privatisierungen gestoppt werden sollen, müssen Bewegungen aufgebaut und der Druck auch in die Gewerkschaften getragen werden. Um solche Bewegungen zu unterstützen und politisch-programmatisch zu stärken, ist eine kämpferische Partei im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen nötig.

Die Berliner LINKE stand dagegen in den letzten Jahren in den meisten Kämpfen auf der falschen Seite der Auseinandersetzung. Ein Beispiel, das vielen Aktivisten in bitterer Erinnerung ist, ist die skandalöse Haltung der LINKEN Berlin gegen das Wasser-Volksbegehren. Unter Mitverantwortung der LINKEN ist es auch in der zweiten Legislaturperiode unter Rot-Rot zu einer Verschärfung von Sozialabbau, Privatisierungen und Stellenabbau gekommen. Weitere tausende Wohnungen wurden privatisiert, tausende Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut, die Angleichung der Löhne der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst an das Bundesniveau auf 2017 verschoben und so weiter.

Eine Bilanz von knapp zehn Jahren Rot-Rot aus unserer Sicht findet ihr hier: <http://www.sozialismus.info/?sid=4149>

Deshalb setzen sich SAV-Mitglieder in der LINKEN für eine Beendigung der Regierungsbeteiligung mit der SPD ein. Verbesserungen können nicht mit der SPD, sondern nur im Schulterschluss mit außerparlamentarischen Bewegungen, KollegInnen in Betrieben und Gewerkschaften erkämpft werden. Für einen solchen Kurs kämpfen nicht nur wir, sondern viele andere Mitglieder an der Basis der LINKEN bundesweit.



Nach dem erfolgreichen Wasservolksbegehren startete im Juni das Volksbegehren "Rettet unsere S-Bahn" www.s-bahn-tisch.de

So ist es zum Beispiel richtig, dass DIE LINKE Berlin sich entschlossen hat, das Volksbegehren zur Rettung der S-Bahn zu unterstützen. Entscheidend ist aber, dass es nicht bei verbaler Unterstützung bleibt, sondern DIE LINKE sich anders als in der Vergangenheit aktiv an der Kampagne beteiligt und sich konsequent auf die Seite von Beschäftigten und NutzerInnen stellt.

Die Regierungsbeteiligungen in Berlin und Brandenburg beschädigen die Glaubwürdigkeit der LINKEN und stehen im Widerspruch zu den politischen Zielen der Bundespartei DIE LINKE.

DIE LINKE bundesweit ist und bleibt der derzeit wichtigste politische Ansatzpunkt einer Interessenvertretung für Lohnabhängige, Erwerbslose und Jugendliche gegen die Interessen des Kapitals. Sie ist die einzige Partei, die das Atomgesetz von Schwarz-Gelb abgelehnt hat. Sie lehnt als einzige Partei Militäreinsätze der Bundeswehr, Hartz IV und die Agenda-2010-Politik ab.

Wir sehen die Entwicklung der LINKEN bundesweit aber kritisch. Es besteht die Gefahr, dass sich auch DIE LINKE bundesweit stärker an SPD und Grüne anpasst

und von der Führung auf Regierungsbeteiligungen und eine Akzeptanz der kapitalistischen Sachzwänge eingeschworen wird. Auch hier ist die Partei viel zu wenig Teil von Bewegungen und verfolgt eine zu starke parlamentarische Orientierung. Dies ist aber eine lebendige Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Flügeln in der Partei.

Wir fordern deshalb alle auf, die eine kämpferische, antikapitalistische LINKE wollen, in die Partei einzutreten und sich mit uns für den Aufbau einer Opposition zur Parteiführung und einen sozialistischen Kurs einzusetzen. Für eine LINKE, die sich nicht kapitalistischen Sachzwängen beugt, sondern dieses menschenunwürdige System bekämpft.

Viele Berlinerinnen und Berliner werden der LINKEN ihre Stimmen geben, nicht weil sie sich eine Fortsetzung von Rot-Rot wünschen, sondern weil – im Gegensatz zu 2006, als es mit der WASG Berlin eine linke Alternative gab – eine Stimme für DIE LINKE am ehesten als Stimme gegen Sozialabbau, Krieg und Hartz IV gesehen wird. Das mag aufgrund der Regierungsbeteiligung der LINKEN Berlin paradox klingen. Aber DIE LINKE Berlin wird auch als Teil der Bundespartei wahrgenommen, die dort in Opposition zu Sozialkürzungen und Umverteilung von unten nach oben steht.

Eine schwache LINKE dagegen bietet keine Perspektive, weil bei einem schlechten Wahlergebnis der Unmut gegenüber der Führung der LINKEN Berlin – mangels Alternative von links wie 2006 – keinen linken Ausdruck findet. Das gilt noch mehr vor dem Hintergrund des Wahlantritts verschiedener rechtspopulistischer und faschistischer Parteien. Aus diesen Gründen halten wir eine Stimmabgabe für DIE LINKE unter den gegebenen Bedingungen für die sinnvollste Option.

Wir verstehen aber auch, dass viele von der Berliner LINKEN enttäuscht sind und nicht mehr bereit sind, sie zu wählen. Die Verantwortung dafür trägt die Berliner Führung der Partei.

Bei all dem sollten wir nicht vergessen: Das Wichtigste sind nicht Wahlergebnisse, sondern ob es gelingt, gemeinsam den Widerstand gegen Sozialabbau und den Druck auch innerhalb der LINKEN für einen kämpferischen Kurs aufzubauen.